

FDP/FW-Fraktion LWL Freiherr-vom-Stein-Platz 1 48147 Münster

FDP/FW-Fraktion der  
Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe  
Freiherr-vom-Stein-Platz 1, 48147 Münster

T: 0251 / 591-262  
F: 0251 / 591-5337

buero@fdp-fw-westfalen.de  
www.fdp-fw-westfalen.de

 [www.facebook.com/fdp.fw.fraktion.lwl](http://www.facebook.com/fdp.fw.fraktion.lwl)

## Haushaltsrede der FDP/FW-Fraktion in der Landschaftsversammlung am 30. Januar 2014

### Es gilt das gesprochene Wort

Hohes Präsidium,  
Herr Landesdirektor und die Landesräte,  
Sehr geehrte Gäste unserer Versammlung,  
liebe Kollegen,

Heute tagt die im Jahre 2009 mit den letzten Kommunalwahlen gewählte Landschaftsversammlung zum letzten Male. Ich möchte diesen Anlass nutzen, einmal dem Präsidium recht herzlich für die ehrenamtliche Arbeit zu danken. Für die stets sichere Verhandlungsleitung, vor allem aber auch für die engagierte Wahrnehmung der mit der Wahl in den Vorstand der Landschaftsversammlung verbundenen Repräsentationspflichten in der Öffentlichkeit in ganz Westfalen-Lippe. Sie haben uns alle stets sehr gut vertreten und entscheidend mit dafür gesorgt, dass die demokratisch gewählte Landschaftsversammlung als wichtige, feste Säule des Verbandes bemerkt und gehört würde. Dafür sind wir dankbar dem Vorsitzenden Dieter Gebhard, dem 1. stellvertretenden Vorsitzenden Michael Pavlicic und den 2. stellv. Vorsitzenden Gertrud Welper und Hans Jürgen Zurbrüggen.

Wenn wir heute den Haushaltsplan für dieses Jahr beschließen, interessiert die meisten Beobachter die Höhe der Zahlungen, die die Städte und Kreise an den LWL entrichten müssen. Dass wir mit der Gestaltungsmehrheit der Landschaftsversammlung hier einen Umlagesatz festlegen, der unterhalb der Wünsche der Verwaltung kalkuliert ist und Rücksicht nimmt auf die finanzielle Lage der Kommunen in Westfalen-Lippe, ist klar erkennbar. Ebenso, dass es den Städten und Kreisen entgegenkommt, auf die von der Verwaltung geforderte Sonderumlage für Kosten der deutschen Einheit zu verzichten.

Sollte man die LWL-Umlage noch weiter runterschrauben? Wohl eher nicht. Wir Liberale und Freie Wähler sind da eher vorsichtig. Denn sie laufen sonst Gefahr, neue Schulden machen zu müssen. Mit einer Umlage von 16,2 oder weniger wäre der LWL aus heutiger Sicht eindeutig unterfinanziert.

Was bringen denn die nächsten Jahre? Hoffentlich steigende Schlüsselzuweisungen des Landes und eine jährlich wachsende Umlagegrundlage in den Kommunen, so wie dies im Haushaltsplan von der Verwaltung unterstellt wird. Sonst wäre alleine dadurch das ganze Rechenwerk über den Haufen geworfen. Ansonsten aber auch erst einmal nur finanzielle Mehrbelastungen.

Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen wird auch in den kommenden Jahren eine natürliche Steigerung in Höhe von jeweils etwa 90 Millionen Euro aufweisen. Hinzu kommen die finanziellen Folgen einer Preissteigerung in der Behindertenhilfe. Sie wissen alle, momentan laufen die Verhandlungen über die Entgelte in der Behindertenhilfe mit den Wohlfahrtsverbänden und anderen Trägern. Sie werden auch gehört haben, welche Preissteigerungen da im Gespräch sind. Hier drohen Mehrbelastungen von 100, vielleicht auch 150 oder 200 Millionen Euro. Es ist daher ganz wichtig gewesen, dass unser LWL-Landschaftsausschuss vor wenigen Tagen am letzten Freitag einen entsprechenden Appell veröffentlicht hat. Als dringendes Signal an die Verhandlungspartner, auch um unseren Verhandlern politisch den Rücken zu stärken. Parteiübergreifend haben wir die Träger der Freien Wohlfahrtspflege aufgefordert, einem maßvollen Entgelteabschluss zuzustimmen, der Rücksicht nimmt auf die angespannte Finanzlage des LWL und der Kommunen.

Wir Liberale und Freie Wähler kritisieren in diesem Zusammenhang auch den Landesgesetzgeber, der mit sozialpolitisch gut gemeinten Neuregelungen wie seinerzeit das Wohn- und Teilhabegesetz oder aktuell das GEPA NRW die Kosten erheblich treibt. Ohne dafür dem LWL und der kommunalen Familie einen finanziellen Ausgleich zu gewähren.

Gleiches unterlässt das Land bei der Inklusion von behinderten Kindern und Jugendlichen im Bildungswesen. Wohlmeinend, dass damit eine qualitätsvolle Einbeziehung dieser Schüler gar nicht möglich ist, ohne dass es zu Nachteilen sowohl für die Behinderten als auch für die nichtbehinderten Kinder im Unterricht kommt. Als LWL kümmern wir uns ja um einen kleinen Ausschnitt dieser Schüler, etwa 13 Prozent. Die Mitglieder meiner Fraktion sind fest davon überzeugt, dass wir im Sinne einer wohl verstandenen gesellschaftlichen Inklusion für einen Großteil dieser schwerstbehinderten Kinder weiterhin die Förderschulen als optimalen Förderort und Schutzraum unbedingt benötigen.

Positiv hob sich davon ab die vergangene christlich-liberale Bundesregierung, die mit der Übernahme der Grundsicherung und bei den Kosten der Unterkunft auch uns in Westfalen-Lippe spürbar entlastet hat.

Ob die neue Bundesregierung und die sie tragende Große Koalition Wort hält mit ihren Milliardenzusagen bei der Eingliederungshilfe, werden wir abwarten müssen. Entscheidend wird sein, ob den großen Worten jetzt auch wirklich große Taten folgen. Und wenn das Geld dann erstmal hier ist, dann können wir diese Entlastungen auch tatsächlich in die Landschaftsumlage einpreisen zugunsten der Kommunen.

Reicht es aber aus, immer nur auf mehr Einnahmen zu setzen? Nein, auch im Bereich des LWL selbst kann durch moderne Lösungen und zeitgemäßes Kostenbewusstsein viel erreicht werden. Nicht nur in finanzieller Hinsicht, aber eben auch. Ein leuchtendes Beispiel sind die Erfolge, wie sie im Energiebereich erkennbar

sind. Weniger Verbrauch von Strom, Gas oder Öl. Niedrigere Kosten. Den Kohlendioxid-Ausstoß innerhalb von 25 Jahren fast halbiert. Dazu tragen wir alle mit unseren politischen Beschlüssen entscheidend bei. Der LWL hat hier schon viel erreicht und soll auch in den nächsten Jahren Vorreiter in der kommunalen Familie bleiben. Das seit drei Jahren bestehende Energiedatenmanagement hilft den Verbrauch besser zu kontrollieren und zu steuern. Die Umwelleitlinien und die Richtlinien zum sparsamen Umgang mit Energie und Wasser tun ihr Übriges. Das 2008 beschlossene Energiepolitische Konzept wird bis Mai fortgeschrieben.

Durch moderne, kostenbewusste Lösungen wie diese erreicht der LWL viel, auch um stark zu bleiben für seine sozialen und kulturellen Hauptaufgaben. Oder, um mit der fachlichen Kapazität seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ganz Westfalen gutes zu tun, Projekte wie etwa die Anerkennung des Schlosses Corvey als Weltkulturerbe kompetent unterstützen zu können.

Es sind diese Fachfrauen und Fachmänner, die Beschäftigten unseres Verbandes, die wie niemand sonst hier alltäglich den LWL und seine Aufgaben darstellen und leben.

Wir Liberale und Freie Wähler danken auch den politischen Partnerinnen und Partnern von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Gestaltungsmehrheit dieser Landschaftsversammlung für eine nun schon Jahre währende Zusammenarbeit. Diese gründet auf persönlichem Vertrauen und lebt von gemeinsamen Ergebnissen, die dem LWL in seiner politischen Entwicklung gut getan haben.

Als Aufgabe für die kommende, nächste Landschaftsversammlung sehen wir Liberale und Freie Wähler, die zunehmende Verschuldung des Verbandes nicht nur zu bremsen oder ganz zu stoppen. Wie dies mit dem Haushalt dieses Jahres wohl gelingen kann. Vielmehr muss mit den Städten und Kreisen darüber gesprochen werden, wie eine systematische Entschuldung der Verbandes erreicht werden kann. Die Frage ist doch, ob wir als heutige Steuerzahlergeneration bereit sind, den öffentlichen Schuldenberg von allein beim LWL runden 900 Millionen Euro selbst wieder abzutragen. Oder ob wir es uns fein gemütlich machen und diese Aufgabe unseren Kindern und Kindeskindern überlassen. LWL-Schulden sind Verbindlichkeiten der gesamten kommunalen Familie in Westfalen-Lippe.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.